
Isabella Proeller / Valeria Haasis

Agenda-Setting zur Nachhaltigkeitsstrategie Brandenburg

Die Rolle des Brandenburger Beirats für Nachhaltige Entwicklung

Fall A

04. November 2014

cases.regierungsforschung.de
Das Fallprogramm auf Regierungsforschung.de

Informationen zum Einsatz dieses Falles stehen über ein Fallwiki (<http://fallwiki.de>) zur Verfügung.
Den Zugang zum Fallwiki erhalten Sie auf E-Mail-Anfrage:

cases@regierungsforschung.de

Redaktion Regierungsforschung.de
Matthias Bianchi, M.A.
Telefon 0203 379-2706
matthias.bianchi@uni-due.de
redaktion@regierungsforschung.de

Herausgeber des Fallprogramms
Prof. Dr. Andreas Blätte
Telefon 0203 379-2286
andreas.blaette@uni-due.de

Regierungsforschung.de ist das wissenschaftliche
online-Magazin der NRW School of Governance

Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Reformkompass.de
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Henrik Riedel
Telefon 05241 81-81266
henrik.riedel@bertelsmann-stiftung.de

Universität Potsdam
Lehrstuhl für Public und Nonprofit Management
August-Bebel-Str. 98
14482 Potsdam

Isabella Proeller / Valeria Haasis
0331-977-3278
proeller@uni-potsdam.de

Impressum

Proeller, Isabella/Haasis, Valeria (2014): Agenda-Setting zur Nachhaltigkeitsstrategie Brandenburg. Die Rolle des Brandenburger Beirats für Nachhaltige Entwicklung, cases.regierungsforschung.de, Duisburg.

Agenda-Setting zur Nachhaltigkeitsstrategie Brandenburg

Die Rolle des Brandenburger Beirats für Nachhaltige Entwicklung

Autorinnen: Isabella Proeller / Valeria Haasisⁱ

ⁱ Prof. Dr. Isabella Proeller ist Inhaberin des Lehrstuhls Public & Nonprofit Management an der Universität Potsdam. Zu ihren Forschungsgebieten gehören strategische Steuerung im öffentlichen Sektor, Steuerungs- und Führungsmechanismen der Verwaltung und Performance Management. Valeria Haasis ist Mitarbeiterin am Lehrstuhl Public & Nonprofit Management an der Universität Potsdam. Sie beschäftigt sich mit Nachhaltigkeitsmanagement, strategischer Steuerung und Public Value.

Fallstudie

Professor Stock freute sich und nutzte einen Moment der Ruhe an diesem Tag im April 2010. Gerade war der renommierte Wissenschaftler des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) für eine zweite Amtszeit zum Vorsitzenden des Brandenburger Beirats für Nachhaltige Entwicklung gewählt worden. Zufrieden nahm er die allseitigen Glückwünsche entgegen und bedankte sich für das abermalige Vertrauen in seine Person. Der letzte Beirat für Nachhaltige Entwicklung hatte in seinen Augen gute Arbeit geleistet, und er freute sich schon darauf, diese Arbeit fortzuführen. Gleichwohl musste er sich überlegen, wie die zukünftige Kommunikation und die inhaltlichen Schwerpunkte des Beirats aussehen sollten. Aufgrund seiner bisherigen Erfahrungen wusste er, dass es sich dabei um keine leichte Aufgabe handelte. Schon allein die Frage, was man unter Nachhaltigkeit verstehen kann und was sich in der Umsetzung tatsächlich als nachhaltig herausstellt, hat in der Vergangenheit zu regelmäßigen Kontroversen unter Beiratsmitgliedern, aber auch zwischen dem Beirat und der Politik geführt. Professor Stock blickte auf die letzte Amtszeit zurück und ließ einzelne Ereignisse Revue passieren. Was könnte man aus der Vergangenheit für die nächste Amtszeit lernen? Wie könnte der Beirat zur Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie beitragen? Welche Schwerpunkte sollten gesetzt werden?

Der Beirat für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz

Im Koalitionsvertrag von 2005 hielten die damaligen Brandenburger Regierungsparteien SPD und CDU erstmals fest, dass Nachhaltige Entwicklung in allen Fachpolitiken mehr Berücksichtigung erfahren müsse.¹ Um dem Programm des Koalitionsvertrags Rechnung zu tragen, berief der damalige Umweltminister Dr. Dietmar Woidke im Jahr 2007 – zur Mitte der Legislaturperiode – erstmals den Beirat für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz ein. Der Beirat sollte Politik und Verwaltung bei Fragen hinsichtlich nachhaltiger Entwicklung unterstützen, Modellprojekte vor-

schlagen sowie „aus der Kenntnis des aktuellen Wissens- und Erfahrungsstandes Hinweise und Vorschläge für vordringliche Aufgaben von Politik und Verwaltung“² formulieren bzw. „auf erforderliche Handlungskorrekturen aufmerksam“³ machen. Auf der konstituierenden Sitzung am 21. März 2007 stellte Minister Woidke in seinem Statement klar, dass der Beirat seine inhaltlichen Schwerpunkte selbst setzen und eigenständig über seine Arbeitsweise entscheiden könne. Nach seiner Ansicht sollte der Beirat dabei die folgenden inhaltlichen Arbeitsfelder bearbeiten:⁴

- „Entwicklung und Umsetzung strategischer Ziele zum Klimaschutz
- Optimierung der energiepolitischen Strategie des Energielandes Brandenburg im Hinblick auf eine nachhaltige, die Belange des Klimaschutzes einbeziehende Entwicklung
- Forcierung und Bündelung aller Maßnahmen zur Stabilisierung des Wasserhaushaltes und des Gewässerschutzes
- Standortgerechte Bewirtschaftung von Boden und Landschaft und Erzeugung gesunder Nahrungs- und Lebensmittel bei Förderung regionaler, geschlossener wirtschaftlicher und ökologischer Kreisläufe
- Förderung einer ressourcenschonenden, klimaschützenden und klimaangepassten Infra- und Siedlungsstruktur
- Sicherung der biologischen und genetischen Vielfalt der Natur als materiellem und des ästhetischen Reichtums der Landschaften als ideellem und sozialem Lebensquell
- Mobilisierung eines öffentlichen Diskurses zur Förderung nachhaltigkeitsfähiger Denk- und Handlungsmuster, Lebens- und Konsumstile, individueller und gesellschaftlicher Verantwortung für regionale und globale Entwicklungen, d.h. die Publizierung des Nachhaltigkeitszieles als den Kulturentwurf des 21. Jahrhunderts.“

Der Beirat bestand aus 24 Personen, darunter unter anderem Vertreter aus (Natur)Wissenschaft, Wirtschaft, Naturschutz, Verwaltung und Landwirtschaft. Er war hälftig aus Wissenschaftlern, in der Regel Hochschullehrern, und Praktikern zusammengesetzt. Bemerkenswert war, dass die Mehrzahl der Wissenschaftler diesen Ansatz wegen der Verbindung von Wissenschaft und Praxis ausdrücklich begrüßte. Im Gegensatz zu anderen Beiräten, in die vor allem Interessenvertreter bestimmter gesellschaftlicher Gruppen („Stakeholder“) berufen werden, sollten die Mitglieder des Beirats für Nachhaltige Entwicklung in Brandenburg unabhängig agieren. Während dies bei den Wissenschaftlern relativ einfach umzusetzen war, wurde dieser Grundsatz bei den Praktikern auf Wunsch der Wirtschaft insofern aufgeweicht, dass diese parallel in Verbänden und Bürgerbewegungen aktiv waren und zum Beispiel auch Vertreter des Landesbauernverbandes und der IHK berufen wurden. Im Grundsatz galt aber das Prinzip der Unabhängigkeit. Die Idee war, ein möglichst breites Spektrum an Akteuren aus Wissenschaft und Praxis abzudecken, um das Thema Nachhaltigkeit aus vielen verschiedenen Perspektiven bearbeiten zu können.⁵

Um den Arbeitsauftrag zu erfüllen, wurden verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, die weitgehend unabhängig voneinander Themen bearbeiteten. Es wurden Arbeitsgruppen zu „Nachhaltigkeitsstrategie“, „Wasser“, „Klimaschutz und Anpassung an die Folgen des Klimawandels“, „Biodiversität, grüne Gentechnik und Landnutzung“, „Verkehr, Infrastruktur, Demografie, Raumplanung und Tourismus“ sowie „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ ins Leben gerufen.⁶ Insgesamt trafen sich die unentgeltlich arbeitenden Experten in 12 Plenar- und über 30 Arbeitsgruppensitzungen.

Um die Arbeit des Beirats zu unterstützen, wurde eine Geschäftsstelle im Umweltministerium eingerichtet, die von einem dort ansässigen Referenten betreut wurde. Er erledigte die laufenden Geschäfte und koordinierte die Arbeit. Das Selbstverständnis des Beirats, als Berater der gesamten Landesregierung zu fungieren, wurde organisatorisch durch die Verankerung im Zuständigkeitsbereich des Umweltministeriums nicht widerspiegelt: Aus Sicht des Beirats wäre eine organisatorische Angliederung an die Staatskanzlei angemessener gewesen. Hiervon hätte man sich erhofft, der Tendenz entgegenzuwirken, dass Nachhaltigkeit von vielen Ressorts „noch zu einseitig der Verantwortung des MLUV [Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz, aktuell: Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft] zugeordnet“⁷ wurde. Ein erster Schritt in die Richtung einer Beiratstätigkeit für die gesamte Landesregierung erfolgte dann durch die Benennung von hausinternen Ansprechpartnern für den Nachhaltigkeitsbeirat in den meisten Ministerien. So wurde eine Zusammenarbeit zwischen Beirat und verschiedenen Ressorts außerhalb des Umweltministeriums möglich.⁸

Das Konsultationspapier zur Nachhaltigkeitsstrategie

Die verschiedenen Arbeitsgruppen bzw. der Beirat veröffentlichten Positionspapiere zu ausgewählten Themen, wie z.B. grüne Gentechnik und nachhaltige Waldwirtschaft, sowie Pressemitteilungen. Sie erarbeiteten Stellungnahmen zu wasserrechtlichen Vorschriften oder der Energiestrategie 2020 und entwarfen ein Konsultationspapier, das als Basis für die Diskussionen und die Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg dienen sollte. Die Erarbeitung erster Empfehlungen für eine Landesnachhaltigkeitsstrategie war ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt des Beirats. Die zuständige Arbeitsgruppe „Nachhaltigkeitsstrategie“ entwickelte in enger Zusammenarbeit mit den anderen Arbeitsgruppen einen ersten Vorschlag, welche Inhalte in einer landesweiten Nachhaltigkeitsstrategie berücksichtigt werden sollten und

welche Struktur eine solche haben könnte.⁹ Nachhaltigkeit war im Verständnis des Beirats ein Querschnittsthema, das in alle Politikbereiche integriert werden sollte. Die Auswahl der Themenschwerpunkte folgte also einem breiten Verständnis von Nachhaltigkeit – basierend auf den drei Aspekten „Ökologie“, „Ökonomie“ und „Soziales“. In den ersten Vorschlag¹⁰ aufgenommen wurden die Handlungsfelder:

- „Energie und Klimawandel“
- „Demographischer Wandel: Perspektiven für Stadt und Land“
- „Wandel der Wirtschaftsstruktur und der Arbeitswelt in der Metropolenregion Berlin-Brandenburg“
- „Wandel der Kulturlandschaft und ressortübergreifender Natur- und Umweltschutz“
- „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“.

Generell ging es nicht darum, die Handlungsfelder in ihrer „Vollständigkeit und Komplexität abzubilden“, sondern „einen Überblick darüber zu gewinnen, an welchen Punkten in Brandenburg prioritärer Handlungsbedarf aus Sicht nachhaltiger Entwicklung besteht“¹¹. Neben den Vorschlägen zu inhaltlichen Schwerpunkten gab der Beirat auch Empfehlungen zur politischen Verankerung des Themas Nachhaltigkeit, so z.B.¹²

- die Federführung für die Koordination des Nachhaltigkeitsprozesses bei der Staatskanzlei
- die Vorbildfunktion der Landesregierung (beispielsweise durch eine verstärkte, nachhaltige Beschaffung)
- ein kontinuierliches Monitoring, um Fortschritte und Defizite zu erkennen und darauf zu reagieren
- die Erstellung eines Indikatorenkatalogs, um Fortschritte und Entwicklung zu erkennen
- die Verbesserung der Jugendbeteiligung

- die systematische Bewertung von Vorhaben hinsichtlich Nachhaltigkeit (z.B. durch eine „Nachhaltigkeitsprüfung“)

Bürgerbeteiligung

Der Beirat legte von Beginn an Wert auf eine aktive Einbeziehung der Zivilgesellschaft, zu der nach dem Verständnis des Beirates, Bürger, lokale Aktionsgruppen, Bildungsakteure, Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftsverbände, Unternehmer, entwicklungspolitische Vereine, Kirchen etc. gehören. Die vom Beirat erarbeiteten Vorschläge zur Nachhaltigkeitsstrategie wurden auf einer eigenen Beiratskonferenz „Chancen nachhaltiger Entwicklung – Brandenburg auf dem Wege zur Modellregion“ am 29. und 30. Juni 2009 in Potsdam mit 280 interessierten Brandenburgern diskutiert. Die Anmerkungen aus dieser Konferenz wurden dokumentiert und sind in den weiteren Prozess eingeflossen.

Beiträge zum öffentlichen Diskurs

Die ehrenamtlich und unentgeltlich arbeitenden Experten um den Vorsitzenden Professor Stock nahmen ihren Arbeitsauftrag ernst und haben sich vor diesem Hintergrund immer wieder in politische Debatten eingebracht (siehe hierzu Anlage 1 „Ökologie muss Chefsache werden“ im Dossier). So verfassten sie beispielsweise kritische Stellungnahmen zu Vorhaben der Landesregierung. Die AG „Wasser“ erarbeitete im Jahr 2007 eine Stellungnahme zum Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften. Darin merkte der Beirat an, dass er nicht rechtzeitig in die Ausarbeitung dieses Gesetzes einbezogen worden sei.¹³ Er empfahl dem Brandenburger Landtag aufgrund mangelhafter Ausarbeitung „den Gesetzesentwurf an die Landesregierung zurückzugeben, damit ein Gesetz erarbeitet werden kann, das zehn Jahre nach der ‚Oderflut‘ und fünf Jahre

nach der ‚Elbeflut‘ eine neue Qualität aufweist und den Erfordernissen der neuen Rahmenbedingungen (z.B. Anpassung an die Klimawandelfolgen, der demografische Wandel und der nachteilige Einfluss auf die leitungsgebundene Infrastruktur, eine nachhaltige Entwicklung) gerecht wird“¹⁴. Zum Ende seiner Wirkungsperiode hin, zwei Wochen vor der Landtagswahl am 27. September 2009, übergab der Beirat seinen Endbericht, der als Grundlage für die weitere Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie dienen sollte, an Minister Woidke. Diese Gelegenheit nutzte der Beirat, um öffentlich auf notwendige „Handlungskorrekturen“ im Artenschutz, bei der Regulierung von Gentechnik sowie bei der Ausgestaltung der Wasser- und Energiepolitik hinzuweisen.¹⁵

Institutionalisierung des Beirats

Im Juli 2009 scheiterte ein Antrag der LINKEN, die Existenz des Beirats für Nachhaltige Entwicklung über das nahende Ende der Legislaturperiode hinaus zu sichern (siehe hierzu Anlage 2 „Auszug aus dem Plenarprotokoll“ im Dossier). Damit endete die Berufungsperiode mit der konstituierenden Sitzung des neuen Landtags am 21. Oktober 2009. Am 6. November 2009 wurde die langjährige Landtagsabgeordnete der LINKEN Anita Tack zur neuen Umweltministerin des Landes Brandenburg ernannt. Sie setzte sich von Anfang an für das Thema Nachhaltigkeit ein und wünschte sich für diese Arbeit erneut die Unterstützung eines Beirats für Nachhaltige Entwicklung. In den Koalitionsverhandlungen der neuen Regierungsparteien SPD und LINKE wurden für die 5. Legislaturperiode Regelungen zur Berufung von Beiräten diskutiert und schriftlich festgehalten. So sollten Beiräte grundsätzlich nur noch zehn Mitglieder umfassen und lediglich dem Ministerium zuarbeiten, welches sie einberufen hat. Außerdem galt „um eine Verknüpfung von Ressort- und Beiratsinteressen zu vermeiden“, dass „Ressortvertreter nicht Mitglieder von Beiräten sein oder ihnen inhaltlich unmittelbar zuarbeiten“¹⁶ durften. Zwar ging es in den Koalitionsverhandlungen um „Beiräte“ im Allgemeinen, allerdings lässt sich vermuten, dass sich die Diskussion auch explizit auf die

Erfahrungen mit dem Beirat für Nachhaltige Entwicklung bezogen und dass dieses Gremium bei einigen Politikern mit seinen kritischen Äußerungen auf wenig Gegenliebe gestoßen war. Missfallen hatte auch hervorgerufen, dass nach Meinung der Regierung nicht immer die „richtigen“ Themen behandelt oder diese in der falschen Weise behandelt wurden (z. B. Energiepolitik, Umgang mit Natur- und Wasserressourcen). Ministerin Tack bewies Kommunikationsgeschick und Durchsetzungsvermögen. Als ehemalige langjährige Landtagsabgeordnete der LINKEN gelang es ihr, die Diskussion über einen Beschluss des Brandenburger Landtags zur Nachhaltigen Entwicklung voranzutreiben und dafür eine Mehrheit zu schaffen. In diesem Beschluss wird die Landesregierung aufgefordert, eine Landesnachhaltigkeitsstrategie mit Unterstützung eines „wissenschaftlichen Beirats“ zu erarbeiten.¹⁷ Der Beirat für Nachhaltige Entwicklung wurde am 15. April 2010 durch die Ministerin Tack einberufen und Professor Stock später als Vorsitzender wiedergewählt. Allerdings wurde die Zusammensetzung aufgrund der Vorgaben im Koalitionsvertrag verändert (siehe hierzu Anlage 3 „Mitglieder des Beirats für Nachhaltige Entwicklung“ im Dossier). Da es sich nun um einen „wissenschaftlichen Beirat“ handelte, wurden nur noch Wissenschaftler berufen. Darüber hinaus wurde die Mitgliederzahl von 24 auf 13 deutlich reduziert. Die Geschäftsstelle wurde vom Umweltministerium an das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, wo der Beiratsvorsitzende tätig war, umgesiedelt.

Das waren die Erfahrungen und Hintergründe, über die Professor Stock nun kurz nach seiner Wahl nachdachte und sich die eingangs geschilderten Fragen stellte. Er war gespannt auf die Arbeit des neuen Beirats; nach dem Agenda-Setting in der vergangenen Legislaturperiode und gestützt auf den Willen des Parlamentes würde es nun darum gehen, Inhalte zu formulieren und eine Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg zu erarbeiten und zu verabschieden. Er wusste, dass es noch ein langer Weg intensiver Arbeit mit einigen Herausforderungen werden würde. Vor allem zu

welcher Nachhaltigkeitsstrategie der Weg führen würde, war nach seiner Einschätzung noch ein offener und steiniger Prozess.

Endnoten / Anmerkungen

Alle Online-Nachweise haben den Stand „10.10.2014“.

- ¹ SPD Brandenburg und CDU Brandenburg (2004): Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 4. Wahlperiode des Brandenburger Landtages 2004 bis 2009, S. 35.
- ² Woidke, Dietmar (2007): Statement des Ministers zur konstituierenden Sitzung des Beirats für Nachhaltige Entwicklung, S. 3.
- ³ Ebd., S. 3.
- ⁴ Ebd., S. 2-3.
- ⁵ Appel, Clemens (2007): Grußwort des CdS Herrn Clemens Appel zur Sitzung des Beirats für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz des Landes Brandenburg am 25. Juni 2007, S. 1.
- ⁶ Beirat für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz des Landes Brandenburg (2009): Brandenburg auf dem Weg zur Modellregion für Nachhaltige Entwicklung. Endbericht, S. 58.
- ⁷ Ebd., S. 3.
- ⁸ Ebd., S. 57.
- ⁹ Ebd., S. 10.
- ¹⁰ Beirat für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz des Landes Brandenburg (2009): Grundzüge einer Nachhaltigkeitsstrategie für Brandenburg. Konsultationspapier.
- ¹¹ Ebd., S. 13.
- ¹² Ebd., S. 7-9.
- ¹³ Beirat für nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz des Landes Brandenburg (2007): Stellungnahme zum Gesetz zur Änderung wasserrechtlicher Vorschriften, Anhörung am 24.10.2007, Prof. Dr. Manfred Stock, 1. Vorsitzender, S. 1.
- ¹⁴ Ebd., S. 9.
- ¹⁵ Metzner, Thorsten (2009): „Ökologie muss Chefsache werden“, Zeitungsartikel vom 15. September 2009, Potsdamer Neueste Nachrichten.
- ¹⁶ SPD Brandenburg und Die Linke Brandenburg (2009): Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 5. Wahlperiode des Brandenburger Landtages 2009 bis 2014, S. 60/61.
- ¹⁷ Landtag Brandenburg (2010): Drucksache 5/290-B, 5. Wahlperiode, Neudruck, Beschluss des Landtages Brandenburg.

Dossier

Anlage 1: Zeitungsartikel vom 15. September 2009 „Ökologie muss Chefsache werden“, Potsdamer Neueste Nachrichten

Anlage 2: Auszug aus dem Plenarprotokoll, Landtag Brandenburg, 4. Wahlperiode, 88. Sitzung am 2. Juli 2009; Tagesordnungspunkt 23 „Beirat für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz“: Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 4/7705 zum Beirat für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz, S. 6622-6624

Anlage 3: Mitglieder in den zwei Wirkungsperioden des Beirats für Nachhaltige Entwicklung

Anlage 1: Zeitungsartikel vom 15. September 2009, Potsdamer Neueste Nachrichten

„Ökologie muss Chefsache werden“ von Thorsten Metzner

Nachhaltigkeitsbeirat fordert bessere Umweltpolitik / „Da gibt es großen Nachholbedarf“

Potsdam – Angesichts von Defiziten in der Umweltpolitik wächst in Brandenburg der Druck, damit nach der Landtagswahl am 27. September in Regierung und Landtag grünes, ökologisches und

langfristiges Denken einzieht. „Das gehört in Koalitionsverhandlungen. Das Thema und der Beirat sollte in der Staatskanzlei angesiedelt werden“, sagte der Potsdamer Klimaforscher Manfred Stock als Vorsitzender des offiziellen Nachhaltigkeitsbeirates, der am Montag Umweltminister Dietmar Woidke (SPD) den Abschlussbericht des Beratungsgremiums für diese Legislaturperiode übergab.

Wie berichtet wird darin angemahnt, dass Brandenburg etwa im Artenschutz, beim Umgang mit der Braunkohle oder dem immer knapperen Wasser oder der grünen Gentechnik seine Hausaufgaben machen muss. „Der Schein ist besser als die Realität“, sagte Beiratsmitglied Beate Schwigon vom Brandenburger Verband für Landschaftspflege. Auf Missstände in diesem Bereich hatten zuvor bereits die Umweltverbände in einem „Schwarzbuch“ hingewiesen, was Regierung und SPD aber abgetan hatten. Die unabhängigen Regierungsberater kommen jetzt zum selben Ergebnis. „Wir wollen der Landesregierung keine Beine stellen, wir wollen ihr Beine machen“, sagte Beiratsmitglied Rolf Kreibich, Geschäftsführer des Berliner Institutes für Zukunftsstudien. „Die meisten Pleiten kommen von kurzfristigem Denken.“

Als Beispiel, wie Erfordernisse von Klimawandel und Ökologie in Brandenburg nur ungenügend berücksichtigt werden, nannte Stock das kürzlich verabschiedete neue Landeswassergesetz. „Da gibt es großen Nachholbedarf.“ Obwohl Brandenburg schon jetzt ein niederschlagsarmes Land ist, was sich durch den Klimawandel noch verstärkt, setze das Gesetz nicht auf stärkeren Rückhalt von Wasser in der Landschaft. Es sei „ein Eklat“ gewesen, sagte Stock, dass der Nachhaltigkeitsbeirat bei der Erarbeitung des Gesetzes nicht einmal einbezogen worden sei. „Wir fühlten uns als Außengeschild missbraucht.“ Allerdings habe man den Eindruck, dass mittlerweile die Sensibilität für diese Fragen gewachsen ist. Neben einem zeitgemäßen Umgang mit Wasser hält der Nachhaltigkeitsbeirat Korrekturen in der Energiepolitik für unumgänglich. Auch innerhalb des 25-köpfigen

Gremiums ist zwar umstritten, ob das Land in der Kohlepolitik auf die CCS-Technologie zur unterirdischen Kohlendioxid-Endlagerung setzen soll. Einig ist man sich aber, dass es entgegen der bisherigen Regierungs-Energiestrategie einen Plan B für den Fall der technologischen Unreife von CCS geben muss – und einen besseren Dialog mit der Bevölkerung. Bestätigt vom Votum des Fachbeirates sehen sich Linkspartei und Grüne, die eine Nachhaltigkeitsstrategie Brandenburg fordern. „Ein Weiter so geht nicht“, sagte Linke-Spitzenkandidatin Kerstin Kaiser. Und Grünen-Landeschef Axel sagte: „In die Landespolitik muss wieder grünes Gewissen einziehen.“

Anlage 2: Auszug aus dem Plenarprotokoll, Landtag Brandenburg, 4. Wahlperiode, 88. Sitzung am 2. Juli 2009; Tagesordnungspunkt 23 „Beirat für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz“: Antrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 4/7705 zum Beirat für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz, S. 6622-6624

Präsident Fritsch:

Wir beginnen die Aussprache mit dem Beitrag der Abgeordneten Wehlan.

Frau Wehlan (DIE LINKE):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag hat eine aktuelle Anbindung mit der Nachhaltigkeitskonferenz zu Beginn dieser Woche in Potsdam erfahren, obwohl uns das Thema Nachhaltigkeit natürlich schon länger umtreibt.

Sie wissen, seit der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro im Jahre 1992 ist sich die Staatengemeinschaft einig, dass nur eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen

Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten der künftigen Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen, als nachhaltig und damit zukunftsfähig gelten kann. Seither findet weltweit das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung als normatives Grundprinzip auf allen Ebenen Eingang und ist angesichts aktueller Klimaentwicklungen stärker auf die politische Tagesordnung gerückt.

Die Strategie der EU für die nachhaltige Entwicklung aus dem Jahre 2001, ihre im Jahr 2006 beschlossene Präzisierung und Fortschreibung sowie die im Jahre 2002 veröffentlichte nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung „Perspektiven für Deutschland“ beschreiben das Prinzip der Nachhaltigkeit als strategischen Handlungsansatz, der in allen Politikfeldern zu berücksichtigen ist. Dabei weisen Sie ausdrücklich darauf hin, dass den Bundesländern, also den Regionen, besondere Verantwortung und Gestaltungsräume dafür zugewiesen werden.

Bezogen auf die Umsetzung dieses Anspruchs konnte jedoch auch der 1. Nachhaltigkeitskongress Brandenburgs, der kürzlich stattgefunden hat, lediglich von einer ansehnlichen Nische in der Politik sprechen.

Der Nachhaltigkeitsbeirat kommt zu dem ernüchternden Befund: Brandenburg ist im Bundesvergleich sogar Nachzügler bei der Formulierung einer Landesnachhaltigkeitsstrategie als langfristige politische Rahmensetzung für Politik und Gesellschaft. Bisher hat sich Brandenburg im Wesentlichen auf einen Umweltpakt mit der Wirtschaft und die kleinteilige Projektförderung bei Prozessen der Lokalen Agenda 21 beschränkt. Das ist eine ernüchternde Bilanz, meinen wir. Dabei haben wichtige fachübergreifende Themen der Landespolitik einen engen Bezug zur nachhaltigen Entwicklung wie insbesondere die Klimaschutzpolitik, die Energiepolitik, die Verkehrs-, Raumordnungs- und Siedlungspolitik, der Naturschutz, die Landnutzung, die ländliche Entwicklung und Demografie, die Steuer- und Förderpolitik, die Umweltbildung, die Kooperation mit den Akteuren

der Lokalen Agenda 21. Von einer ganzen Reihe von Entwicklungen ist Brandenburg unmittelbar und besonders betroffen, so der Beirat für Nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz. Er merkt deutlich an, Klimawandel, Verlust der biologischen Vielfalt und Ressourcenknappheit, ökologische Folgen schrankenlosen Wachstums und wachsender gesellschaftlicher Spaltung und Ausgrenzung, die Gewalt begünstigen, Armut und Krankheit, Verletzung der Menschenrechte und kriegerische Gewalt im globalen Maßstab gefährden die natürlichen Lebensgrundlagen und stehen einer gerechten Verteilung der Lebenschancen innerhalb der und zwischen den Generationen entgegen. Was ist nun die politische Konsequenz daraus? Auf alle Fälle nicht ein „Weiter so!“. Sie, verehrte Damen und Herren der Koalition, hätten sich schon in dieser Legislaturperiode in Umsetzung ihrer eigenen Koalitionsvereinbarung viel stärker selbst in die Pflicht nehmen müssen. Hier haben Sie die stärkere Integration der nachhaltigen Entwicklung in die Fachpolitik der Ressorts der Landesregierung als eine Aufgabe in der Regierungskoalition benannt.

Erinnern möchte ich an dieser Stelle daran, dass wir Sie diesbezüglich hier im Landtag Brandenburg öfter mit Anträgen und Anfragen in dieser Sache gefordert haben. Im Jahr 2007 haben Sie, die Landesregierung, auf unsere Anfrage hin erklärt, dass mit der Arbeit an einer brandenburgischen Nachhaltigkeitsstrategie gerade begonnen worden sei und dass der inzwischen eingesetzte Nachhaltigkeitsbeirat daran beteiligt werden solle. Der aktuelle Stand in dieser Frage wurde uns bis heute nicht vermittelt. Deshalb bleibt festzustellen, dass ein fachübergreifender programmatischer Handlungsansatz, der den Brandenburger Verhältnissen entspricht und das Denken ausschließlich in Legislaturperioden ein Stück weit aufbricht, schlichtweg fehlt. Unseres Erachtens ist dazu eine Veränderung der Anbindung der Zuständigkeit für die nachhaltige Entwicklung – derzeit beim Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz – unbedingt notwendig. Nachhaltige Entwicklung muss zur Chefsache werden. Sie ist Querschnittsaufgabe über alle

Ressorts und bedarf eines integralen Ansatzes von Ökologie, Ökonomie und Soziokulturellem. Dabei sollte sich eine Nachhaltigkeitsstrategie für Brandenburg nicht auf eine Regierungsstrategie beschränken; sie muss vielmehr als Landesstrategie die gesamte Gesellschaft und natürlich auch die darin handelnden Akteure einbeziehen. Für eine konsequente Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit ist es notwendig, breite Bevölkerungskreise anzusprechen und einzubeziehen sowie zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen in Entwicklungs- und Entscheidungsprozessen zu fordern. Große Lücken gerade in dieser Frage wurden auf der Nachhaltigkeitskonferenz festgestellt. Der Beirat vermerkt dazu kritisch:

„In Brandenburg ist viel kreatives Potenzial vorhanden, das zurzeit eher ausgebremsst wird, anstatt es gezielt zu nutzen und zu fördern. Insgesamt ist in Brandenburg noch zu wenig die Bereitschaft zu erkennen, innovative Gedanken und Lösungen aufzugreifen und sich konsequent um Möglichkeiten der Umsetzung zu bemühen.“

Für uns gehört die Einbeziehung der Wirtschaft und der Wissenschaftler unbedingt dazu. Deshalb haben wir im März 2007 die Berufung des aus Experten bestehenden Beirats für Nachhaltige Entwicklung durch die Landesregierung sehr deutlich unterstützt. Der Aufgabe, die Landesregierung zu Fragen der Nachhaltigkeit zu beraten und an der Ausgestaltung relevanter Strategien und Programme des Landes mitzuwirken, ist der Nachhaltigkeitsbeirat konsequent gefolgt. Sie können sich auf der Internetseite über die vielen Initiativen, aber auch über Positionspapiere zu grundsätzlichen Fragen der Entwicklung Brandenburgs eingehender informieren. In einem Konsultationspapier zu den Grundzügen einer Nachhaltigkeitsstrategie für Brandenburg hat der Beirat inhaltliche und prozessuale Anforderungen an die Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie gestellt sowie priori-

täre Handlungsfelder für Brandenburg benannt. Auf der ersten Nachhaltigkeitskonferenz wurden die bisher erreichten Arbeitsergebnisse einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt und diskutiert. Breiter Konsens unter den ca. 250 Akteuren aus Brandenburg war, dass die Erarbeitung einer Landesnachhaltigkeitsstrategie für Brandenburg dringend geboten ist. Denn klar ist, dass Brandenburg von der Transformation der ländlichen Räume, der Veränderung von Siedlungsstrukturen und dem demografischen Wandel besonders stark betroffen ist. Das hat natürlich Auswirkungen, insbesondere auf die peripheren, strukturschwachen Räume Brandenburgs und die Tragfähigkeit der für die öffentliche Daseinsvorsorge nötigen Infrastruktur, zum Beispiel in den Bereichen Allgemeine Versorgung, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Schulen, Gesundheitsdienste, Erwachsenenbildung, Mobilität und Kultur. Wir wollen kein weiteres Vertagen der Diskussion über diese Fragen. Wir brauchen Strategien und politisches Handeln für eine nachhaltige Entwicklung. Vor allem aber brauchen wir öffentliche Debatten und Diskurse im Parlament und in der Zivilgesellschaft. Deshalb sind der im September zu erwartende Bericht des Nachhaltigkeitsbeirates und seine Handlungsempfehlungen dem Landtag zeitnah zu übermitteln, und zwar natürlich einschließlich der daraus abgeleiteten landespolitischen Konsequenzen. Nehmen Sie sich – in Umsetzung Ihrer eigenen Koalitionsvereinbarung - da beim Wort! Natürlich erfordert die Erarbeitung einer Nachhaltigkeitsstrategie im Sinne eines langfristigen, Legislaturperioden überdauernden, umfassenden Leitbildes einen ebenso langfristig ausgerichteten Arbeitsprozess. Dafür sollte es heute, in der letzten Sitzung des Landtages, deutliche Signale geben. Die Arbeitsfähigkeit des Beirates ist über das Ende der 4. Wahlperiode hinaus zu sichern. Das ist natürlich zum einen Ausdruck der Anerkennung für die geleistete Arbeit, zugleich aber auch Anspruch an die zukünftige Bearbeitung dieses strategischen Politikfeldes. Diesem Anliegen widmet sich Punkt 2 unseres Antrags.

Ich bitte Sie, unseren Antrag zu unterstützen. (Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Gregor-Ness spricht für die Koalitionsfraktionen.

Frau Gregor-Ness (SPD):

Herr Präsident! Verehrte Kollegen! Wer es mit der Nachhaltigkeit ernst meint, der hätte diesem Antrag zustimmen können - wenn er denn zum richtigen Zeitpunkt gestellt worden wäre. Das wäre ein Antrag für die erste Sitzung des neuen Parlaments gewesen, um sich intensiv mit diesem wirklich wichtigen Thema auseinanderzusetzen.

(Beifall der Abgeordneten Hartfelder [CDU])

Ich gebe Frau Wehlan inhaltlich in fast allen Punkten Recht. Am Montag und Dienstag dieser Woche fand die Konferenz statt. Der Nachhaltigkeitsbeirat wird seinen Abschlussbericht im September vorlegen. Das ist eine gute Arbeitsgrundlage für die nächste Legislaturperiode. Wir alle, die wir uns dann zeitgleich in der zweiten Halbzeit der UN-Dekade befinden, sind gut beraten, uns dieses Papier zu Gemüte zu führen, Schlussfolgerungen abzuleiten und auch darüber nachzudenken, wie wir den Nachhaltigkeitsbeirat für uns nutzbar machen können und wie wir ihn vernünftig neu implementieren. Aber dazu bedarf es, mit Verlaub, dieses Antrags nicht. Das muss Aufgabe der nächsten Legislatur sein. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen. Er fällt ansonsten der Diskontinuität anheim. Aber das wird dem Ganzen nicht gerecht. – Danke.

(Beifall bei der SPD sowie der Abgeordneten Hartfelder [CDU])

Präsident Fritsch:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage? – Frau Wehlan, bitte.

Frau Wehlan (DIE LINKE):

Frau Gregor, ich habe Ihren Ausführungen entnommen, dass der erste Punkt unseres Antrags für Sie nicht ernsthaft genug ist, weil darüber erst in der nächsten Legislatur ordentlich beraten werden soll. Würden Sie dann wenigstens dem zweiten Punkt zustimmen, dass es Maßnahmen bedarf, mit denen die Arbeitsfähigkeit des Beirates über die zu Ende gehende Legislaturperiode hinaus gesichert und eine deutlich bessere Anbindung erreicht werden kann?

Frau Gregor-Ness (SPD):

Ich finde schon, dass es der in der nächsten Legislatur zu bildenden Regierung obliegt, in welcher Form sie sich den Ergebnissen der Arbeit des Nachhaltigkeitsbeirates, die im September vorliegen, stellt. Wir glauben nicht, dass wir mit der heutigen Regierung die nächste sozusagen verpflichten können. Vor diesem Hintergrund ist Ihr Antrag einfach entbehrlich.

Wir könnten nicht einmal einer Überweisung zustimmen. Denn was Sie mit einer Überweisung machen, haben Sie bewiesen, als es um die Ehrenrente für Feuerwehrleute ging. Es geht Ihnen wirklich nur darum, kurz vor dem Wahlkampf ein Thema zu besetzen. Sie wollen nicht wirklich Nachhaltigkeit befördern. Das ist das Problem, das wir an dieser Stelle haben.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der Fraktion DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Minister Dr. Woidke, Sie haben das Wort.

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke:

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich war gerade etwas überrascht, weil ich dachte, dass die CDU-Fraktion noch ein wegweisendes Wort zur Nachhaltigkeit in Brandenburg finden wird; aber das ist offensichtlich nicht der Fall.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist mir eine große Ehre, die voraussichtlich letzte Rede in dieser Legislaturperiode zum Thema Nachhaltigkeit halten zu dürfen. Es wird Sie nicht überraschen, dass ich Ihnen jetzt mit sehr gutem Gewissen sagen kann: Brandenburg ist in den letzten fünf Jahren in vielen Bereichen nachhaltiger geworden.

Ich möchte drei Beispiele nennen. Das erste betrifft den Landschaftswasserhaushalt. Wir haben mittlerweile viele Millionen investiert, um den Landschaftswasserhaushalt in Ordnung zu bringen. Das hat sich in den Regionen mittlerweile positiv ausgewirkt. Es zahlt sich für die Natur, aber auch für die Land- und Forstwirtschaft aus.

Wir sind außerdem im Bereich der Energieerzeugung nachhaltiger geworden. Wir haben im letzten Jahr den Leitstern für erneuerbare Energien vom Deutschen Institut für Wirtschaft erhalten. Das ist eine Auszeichnung, die sich viele Länder in Deutschland gerne an das Revers geheftet hätten. Das wurde übrigens auch im Nachhaltigkeitsbeirat anerkannt. Wir sind auch in der Bildung nachhaltiger geworden. Das betrifft nicht nur die schulische Bildung. An dieser Stelle möchte ich mich beim Kollegen Holger Rupprecht sehr herzlich bedanken, der mit mir gemeinsam in den letzten Jahren auf vielen Konferenzen unterwegs war und dieses propagiert hat.

(Im Saal ist das Weinen eines Babys zu hören.)

- Das ist Nachhaltigkeit, meine Damen und Herren! (Allgemeine Heiterkeit und Beifall)

Ich möchte mich auch bei den vielen Ehrenamtlichen bedanken, die mitgeholfen haben, dass die Ökofilmtour in Brandenburg mit 60 bis 70 Spielorten regelmäßig jedes Jahr stattfinden kann, auf diese Weise den Nachhaltigkeitsgedanken in sozialer, ökologischer, aber auch ökonomischer Hinsicht in die Fläche unseres Landes transportiert und diese Fragen in Kirchengemeinden, vor Studenten oder in Schulen thematisiert und anschließend diskutiert.

Wir werden uns natürlich auch in den kommenden Jahren damit beschäftigen, wie wir in den einzelnen Politikfeldern die Nachhaltigkeit weiter und besser verankern können. Wir können jedoch nicht den Willen des künftigen Landtages und der kommenden Landesregierung vorwegnehmen, wie die Vorredner bereits ausgeführt haben - dafür bin ich Martina Gregor sehr dankbar.

Brandenburg wird mit Sicherheit in den nächsten Jahren noch nachhaltiger werden. Das wird genau dann passieren, wenn Sie, meine Damen und Herren, Ihre Sommerpause nachhaltig nutzen und dann mit nachhaltigem Engagement hier – sofern Sie diesem Hohen Haus wieder angehören – wieder an die Arbeit gehen. Ich wünsche Ihnen für die Erholung, aber auch für die kommende Arbeit alles Gute. Danke sehr.

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Linksfraktion in der Drucksache 4/7705. Wer dem Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist ohne Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir kommen zum Schluss. Schlussworte sind heute schon einige gehalten worden. Ich schließe als Erstes den Tagesordnungspunkt 23, als Zweites die heutige Sitzung und als Drittes diese Legislaturperiode. Ich bedanke mich für die Zusammenarbeit, wobei ich glaube, das auch im Namen meiner Vizepräsidentin sagen zu dürfen. Sie waren meistens erträglich, manchmal sehr temperamentvoll, und ich weiß nicht, ob es uns gelungen ist, dies durch unorthodoxe Verhandlungsführung zu kompensieren. Ich hoffe, Sie haben es auch ausgehalten. Auf gute weitere Zusammenarbeit!

(Allgemeiner Beifall)

Anlage 3: Mitglieder des Beirats für Nachhaltige Entwicklung

Mitglieder des 1. Beirats für Nachhaltige Entwicklung (2007 bis 2009)

Name	Funktion	Organisation
Prof. Dr. Ing. Udo Becker	Leiter des Lehrstuhls für Verkehrsökologie	Technische Universität Dresden, Fakultät für Verkehrswissenschaften
Prof. Dr. Gerhard Behrendt (Mitgliedschaft am 03.03.2009 niedergelegt)	Professur „Abfallwirtschaft/Altlastensanierung“, Leiter Institut für Kreislaufwirtschaft im Technologie- und Weiterbildungszentrum e. V.	Technische Hochschule Wildau

Dr. Oliver Bens	Leiter des wissenschaftlichen Vorstandsbereiches	Deutsches GeoForschungsZentrum Potsdam
Dr. Martina Brandt	Wiss. Mitarbeiterin im Bereich Betriebswirtschaft / Wirtschaftsinformatik	Technische Hochschule Wildau
Klaus Burkhardt	Mathematiklehrer im Ruhestand, Kommunalpolitiker, Verbraucherschützer	
Pfarrer Reinhard Dalchow	Umweltbeauftragter der evangelischen Kirche	Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
Prof. Dr. Gerhard de Haan	Leiter Institut Futur	Freie Universität Berlin, Arbeitsbereich Erziehungswissenschaftliche Zukunftsforschung
Ulrich Fey	Präsident der IHK Cottbus	Industrie- und Handelskammer Cottbus
Dr. Gerold Fierment	Diplom-Biologe	Brandenburgische Werkstatt Lokale Agenda 21
Prof. Dr. Uwe Grünewald	Lehrstuhlleiter Hydrologie und Wasserwirtschaft	Brandenburgische Technische Universität Cottbus
Prof. Dr. Florian Jeltsch	Professur Vegetationsökologie und Naturschutz	Universität Potsdam, Institut für Biochemie und Biologie
Roland Kant	Geschäftsführer Ergo-Consult Roland Kant	Projektmanagement
Prof. Dr. Claudia Kemfert	Abteilungsleiterin Energie, Verkehr, Umwelt, Inhaberin des Lehrstuhls Umweltökonomie	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin, Humboldt-Universität zu Berlin
Tom Kirschey	Vorsitzender des Landesverbandes	Brandenburg des Naturschutzbundes Deutschland
Prof. Dr. Dr. Dieter Kirschke	Leiter des Fachgebietes Agrarpolitik	Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaus

Prof. Dr. Rolf Kreibich	Wiss. Direktor und Geschäftsführer	Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung GmbH
Prof. Dr. Brigitte Nixdorf	Lehrstuhlleiterin Gewässerschutz	Brandenburgische Technische Universität Cottbus, Fakultät Umweltwissenschaften und Verfahrenstechnik
Egon Rattei	Vorstandsmitglied	Landesbauernverband Brandenburg
Prof. (em.) Dr. Gerd Schmidt-Eichstaedt	Prof. em. Bau- und Planungsrechtler	Technische Universität Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung
Beate Schwigon	Landeskoordinatorin	Brandenburg des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege e. V. (DVL)
Prof. Dr. Dr. Martina Schäfer	Juniorprofessorin für sozialwissenschaftliche Nachhaltigkeitsforschung	TU Berlin, Zentrum Technik und Gesellschaft, Institut für Soziologie
Dr. Elke Seidel	Dezernentin, Pulmologin und Umweltmedizinerin	Landesgesundheitsamt Brandenburg
Dr. Albert Statz	Regierungsdirektor a. D., ehem. Referatsleiter Nachhaltigkeit im Bundesumweltministerium	
Prof. Dr. Manfred Stock	Vorstandsbeauftragter Regionalstrategien	Potsdam Institut für Klimafolgenforschung e. V.
Dr. Franz Straubinger	Geschäftsführer	Hatzfeldt-Wildenburg'schen Verwaltung Schloss Schönstein
Burkhard Teichert (Mitgliedschaft am 09.02.2009 niedergelegt)	Vorsitzender	LV Bbg. der Naturfreunde e. V.

Prof. Dr. Hubert Wiggering	Direktor des ZALF, Professur für Geoökologie an der Universität Potsdam	Leibniz-Zentrum für Agrarlandschafts- und Landnutzungsfor- schung (ZALF)
----------------------------	---	--

Mitglieder des 2. Beirats für Nachhaltige Entwicklung (2010 bis 2014)

Name	Funktion	Organisation
Prof. Dr. Ingo Balderjahn	Lehrstuhlinhaber	Universität Potsdam, Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, Schwerpunkt Marketing
Prof. Dr. Ing. Udo Becker	Leiter des Lehrstuhls für Verkehrs- ökologie	Technische Universität Dresden, Fakultät für Verkehrswissenschaften
Prof. Dr. Reiner Brunsch	Wissenschaftlicher Direktor	Leibniz-Institut für Agrartechnik Potsdam-Bornim e.V.
Prof. Dr. Gerhard de Haan	Leiter Institut Futur	Freie Universität Berlin, Arbeitsbereich Erziehungswissenschaftliche Zukunftsforschung
Prof. Dr. Andreas Knie	Senior Fellow der Forschungs- gruppe Wissenschaftspolitik, Lei- ter der Projektgruppe "Mobilität"	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Prof. Dr. Rolf Kreibich	Wiss. Direktor und Geschäftsfüh- rer	Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung GmbH

Prof. Dr. Heike Molitor	Professur Umweltbildung	Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH), FB Landschaftsnutzung
Dr. Timothy Moss	Stellvertretender Direktor, Abteilungsleiter Institutionenwandel und regionale Gemeinschaftsgüter	Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung e.V. (IRS Erkner)
Prof. Dr. Dr. Martina Schäfer	Juniorprofessorin für sozialwissenschaftliche Nachhaltigkeitsforschung	TU Berlin, Zentrum Technik und Gesellschaft, Institut für Soziologie
Dr. Albert Statz	Regierungsdirektor a. D., ehem. Referatsleiter Nachhaltigkeit im Bundesumweltministerium	
Prof. Dr. Manfred Stock	Vorstandsbeauftragter Regionalstrategien	Potsdam Institut für Klimafolgenforschung e. V.
Prof. Dr. Wilhelm-Günther Vahrson	Präsident	Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (FH)
Prof. Dr. Hubert Wigginger	Direktor des ZALF, Professur für Geoökologie an der Universität Potsdam	Leibniz-Zentrum für Agrarlandschafts- und Landnutzungsforschung (ZALF)
